

# Medienspiegel Woche 36\_18



## Inhalt

<b><u>Veranstaltungshinweise</u></b>	<b>1</b>
SwissSkills, 16.04.2018 <b><u>Die Top 200 des beruflichen Nachwuchses</u></b>	<b>2</b>
NZZ, 31.8.2018 <b><u>Der bildungsindustrielle Komplex</u></b>	<b>3</b>
Zuschrift, 4.9.2018 <b><u>Wer die Schule regiert</u></b>	<b>8</b>
Tagblatt, 4.9.2018 <b><u>Privatisierung – als Reform getarnt</u></b>	<b>9</b>
NZZ, 8.9.2018 <b><u>Digitalisierung der Schulen: Vor falschen Hoffnungen sei gewarnt</u></b>	<b>10</b>
Eingesandt, 8.9.2018 <b><u>Der Lehrplan 21 unterstützt den massiven Bildungsabbau</u></b>	<b>11</b>
Toggenburger Tagblatt, 7.9.2018 <b><u>Wertvolle Sprachheilschulen</u></b>	<b>12</b>
Schule Schweiz, 6. September 2018 <b><u>Alarmierende Details zu den Zuständen an Basels Schulen</u></b>	<b>13</b>
<b><u>Trotz Kritik wird an den vierkantonalen Leistungstests festgehalten</u></b>	<b>13</b>
<b><u>Materialien zum Klimawandel</u></b>	<b>13</b>
<b><u>Sprachenfrage bewegt Graubünden</u></b>	<b>13</b>
BT, 26.08.2018 <b><u>Die Doppelinitiative zur Mitsprache im Bildungswesen: eine einmalige Chance</u></b>	<b>14</b>

## Immer aktuell: Schule Schweiz

<https://schuleschweiz.blogspot.com/>

## Veranstaltungshinweise



### Die Wiler Schulreformen auf dem Prüfstand

Eine kritische Analyse

**lic. phil. René Walcher**

Kleinklassenlehrer, Heilpädagoge und Erziehungswissenschaftler

Vortrag und Diskussion

In Wil wird die Schule stark verändert.  
Folgende Massnahmen stehen im Vordergrund:

- Abschaffung der Kleinklassen (Inklusion)
- Altersdurchmisches Lernen (AdL)
- Eigenständiges Lernen in Lernlandschaften
- Kooperatives Lernen
- Individualisiertes Lernen

Wie sind diese Massnahmen aus dem Blickwinkel der evidenzbasierten, erziehungswissenschaftlichen Forschung zu beurteilen? Wie müssen Schule und Unterricht organisiert sein, damit alle Kinder optimal gefördert werden?

René Walcher schöpft aus 35 Jahren Erfahrung als Lehrer in Wil.

Lehrer, Eltern und interessierte Bürger sind herzlich eingeladen!

**Mittwoch, 12. September 2018, 19.00 Uhr**  
im Fürstensaal im Hof zu Wil

[sekretariat@starkevolksschulesg.ch](mailto:sekretariat@starkevolksschulesg.ch)

[www.starkevolksschulesg.ch](http://www.starkevolksschulesg.ch)

[Flyer](#)

### Gemeinnützige Gesellschaft des Kantons SG

Im Rahmen unseres diesjährigen Vortrags-Zyklus „Bildung im digitalen Zeitalter“ und als Einstimmung in unser 200-Jahr-Jubiläum vom kommenden Jahr, referiert einer der renommiertesten Philosophen in Deutschland.

**Prof. Dr. Dr. h.c. Julian Nida Rümelin**  
Universität München

**Donnerstag, 20. September 2018, 19.00 Uhr**  
im St.Mangen-Zentrum, St.Gallen

### *Überleben die humanistischen Bildungsideale die digitale Wende?*

Wir halten es für notwendig, dass in der **Debatte über die digitale Transformation** von Wirtschaft und Gesellschaft die kulturellen und philosophischen Aspekte der Digitalisierung nicht ausgeblendet werden. Erst recht vor dem Hintergrund der von Stadt und Kanton lancierten **IT-Bildungsoffensive**. Dieser Vortrag müsste deshalb auch Ihr Interesse finden.

<http://ggksg.ch/ggk-events/ggk-forum.html>

Weitere Veranstaltungen unter: <http://starkevolksschulesg.ch/veranstaltungen/>



«Schule & Pädiatrie»

### *Schule und Pädiatrie im transkulturellen Spannungsfeld*

Referenten:

**Prof. Dr. phil. Andrea Lanfranchi**  
(Meilen, Zürich)

**Frau Rosa Plattner**

(Mütter- und Väterberatung St.Gallen)

19. September 2018, 18:30 bis 20:30 Uhr  
Fachhochschule St. Gallen

Die Vortragsreihe ist öffentlich, kostenlos und ohne Voranmeldung zu besuchen.

[Einladung](#)

[Flyer](#)

[Jahresprogramm 2018](#)

Bildungsreformen

## Öffentlicher Vortrag

### Lehrplan 21 und seine Exzesse

In vielen Kantonen wird der Lehrplan 21 mit Tausenden von Kompetenzbeschreibungen unverändert eingeführt. Damit halten in diesen Schulen folgenschwere Veränderungen Einzug, die vor allem mittleren und leistungsschwächeren Schülern/-innen Probleme bereiten.

Auch wenn dank verschiedenen Initiativen die negativen Exzesse des Lehrplans 21 im Kanton Basel-Landschaft verhindert werden konnten, wurden unsere Schulaner schleichend und grundsätzlich verändert.

Seit einiger Zeit ist viel von schulischer Integration die Rede. Dieser Begriff bedeutet, dass möglichst viele Kinder – ob normal begabt oder mit besonderem Förderbedarf, ob unauffällig oder verhaltensauffällig – zusammen unterrichtet werden.

Begründet wird diese Schulreform damit, dass die Schüler/-innen auf diese Weise mehr Sozialkompetenz lernen würden. Aber trifft dies wirklich zu?

Öffentlicher Vortrag zu den aktuellen Schulreformen und ihren Exzessen

**Referent:in:** Dr. phil. Judith Barben, Lehrerin, Psychologin und Buchautorin  
**Datum / Zeit:** Freitag, 26. Oktober 2018, 19.30 Uhr, Türöffnung 19.00 Uhr  
**Ort:** Grün 80, Rainstrasse 6, 4142 Münchenstein, im UG des Restaurants  
**Eintritt:** frei, Kollekte zur Deckung der Unkosten

**Veranstalter:** IG für eine gesunde Volksschule Baselland, Schanzgasse 10, 4107 Ettingen



[Flyer](#)

SwissSkills, 16.04.2018

## Die Top 200 des beruflichen Nachwuchses

**SwissSkills-Teilnahme als Karrieresprungbrett: Die Teilnahme an Berufsmeisterschaften wie den SwissSkills 2018 lohnt sich! Eine Studie mit den Medaillengewinnern der ersten zentralen Berufsmeisterschaften – den SwissSkills 2014 – bestätigt, dass die damaligen Medaillengewinner in der Zwischenzeit eine beeindruckende berufliche Karriere hingelegt haben.**

Unter der Leitung von Prof. Dr. Margrit Stamm, emeritierte Professorin an der Universität Freiburg und Direktorin des Forschungsinstituts Swiss Education in Bern wurden für das Forschungsprojekt „Die Top 200 des beruflichen Nachwuchses“ fast 200 Frauen und Männer befragt, die an den SwissSkills 2014 oder an einer anderen Berufsmeisterschaft (EuroSkills, WorldSkills) einen Medaillenrang belegt hatten.

### Enorm viele positive Auswirkungen auf Berufslaufbahn

Im Urteil der Top 200 ist die Teilnahme an der Berufsmeisterschaft ein riesiger Erfolg, der enorm viele positive Auswirkungen auf die Berufslaufbahn hat. Für 66% war der Nutzen viel grösser als erwartet, für mehr als 30% so wie erwartet. Diesen grossen Nutzen sehen sie vor allem in der Tatsache, professionelles Feedback zur eigenen Arbeit erhalten zu haben, zu wissen, wo sie heute stehen, neue Kompetenzen entwickelt und ein Kontakt-Netzwerk aufgebaut zu haben.

Der Erfolg hat 32% der Befragten weitere Auszeichnungen und 57% einen markanten beruflichen Aufstieg gebracht. Etwas mehr als ein Drittel (35%) sind bereits in einer leitenden Position. Zudem haben mehr als 80% neue Weiterbildungen in Angriff genommen, teilweise auch ein Studium an einer Hochschule oder Universität. Die ausgesprochen positive Bilanz zeigt sich auch darin, dass sich 96% der Befragten jederzeit wieder für eine Berufsmeisterschaft anmelden würden.

### Schulnoten nicht entscheidend für beruflichen Erfolg

Eine weitere Erkenntnis der vielbeachteten Studie: 40% der Befragten haben einen mittleren, 20% sogar einen bescheidenen Schulabschluss. Zudem waren sie in der Oberstufe (Sek I) bei weitem nicht immer gute Schülerinnen und Schüler. Jede dritte Person bezeichnet sich als mittelmässig oder gar schlecht in den schulischen Leistungen.

Dies belegt, dass es junge Menschen auch mit einem mittelmässigen oder sogar bescheidenen Schulabschluss in die Top 200 der Schweizer Berufsbildung schaffen können. Für viele von ihnen wurde die Berufslehre sogar zur zweiten Chance, die zu einer Leistungsexplosion führte.

### Harter Weg zum Erfolg

Den Erfolg und den damit in den meisten Fällen verbundenen beruflichen Aufstieg haben sich die Top200 allerdings auch hart erarbeitet. Um bei den Berufsmeisterschaften erfolgreich zu sein, nahmen die jungen Berufsleute viele Entbehrungen in Kauf. 85% der Befragten haben sich an Wochenenden auf ihren Berufs-Wettkampf vorbereitet, 76% bezeichneten den Verzicht auf Freizeit als „einschneidend“.

[Link zur Studie „Die Top200 des beruflichen Nachwuchses“](#)

[Link zur Medienmitteilung mit einer Zusammenfassung der Studie](#)

<https://www.swiss-skills.ch/2018/>

NZZ, 31.8 2018

## Der bildungsindustrielle Komplex

**Gibt es ein globales Netzwerk, welches das traditionelle pädagogische Establishment aushebelt und die Ökonomisierung der Schule anstrebt?**

VON MARTIN BEGLINGER

Es ist ein eher unscheinbarer Mann, der kurz vor den Sommerferien in der Aula der Universität Zürich ans Mikrofon tritt. Richard Münch, 73, emeritierter Professor für Soziologie an der Universität Bamberg, ist kein grosser Redner, doch was er am Kongress der Schweizerischen Gesellschaft für Bildungsforschung zu sagen hat, das hat es in sich. Es geht um den bildungsindustriellen Komplex, wie Münch ihn nennt, angelehnt an den berühmten militärisch-industriellen Komplex, vor dessen zersetzendem Einfluss auf die Demokratie der damalige US-Präsident Eisenhower in seiner berühmten Abschiedsrede im Jahr 1961 gewarnt hatte. Und als Warnung will auch Münch verstanden wissen, was er in Zürich wie in seinem neuen Buch mit dem gleichnamigen Titel präsentiert.

Es seien, so der Soziologe, schon lange nicht mehr die Aufklärer, die die Bildungsdebatten von heute dominierten, sondern Ökonomen wie der amerikanische Nobelpreisträger Gary Becker, der bereits 1964 seine Theorie des Humankapitals entwickelte. Der inzwischen verstorbene Becker verstand Bildung als Investition, die für den Einzelnen rentiert – vor allem in Form eines höheren Lohnes. Unterdessen ist dieser Gedanke Allgemeingut und die «Forderung nach mehr Bildung zum globalen Mantra der Wissensgesellschaft» (Münch) geworden. Umso mehr gelte die Schule heute als Rohstofflieferantin von Humankapital und sei dadurch zu einem «Kampfplatz im internationalen Wettbewerb» geworden.

Zugleich sieht Richard Münch seit der Ära Thatcher/Reagan einen «neoliberalen» Zeitgeist am Werk, der eine tektonische «Verschiebung vom Wohlfahrtsstaat zum Wettbewerbsstaat» bewirkt habe, mit ebenfalls einschneidenden Konsequenzen für die Schule. Von ihr werde seither verlangt, alle Kinder fit zu machen für den späteren Wettbewerb. Mehr Investitionen in die Bildung und im Gegenzug weniger Sozialstaat, das ist das politische Kalkül der Verfechter des «Wettbewerbsstaates». Mit der Lehre des New Public Management (NPM) wiederum, die öffentliche Verwaltungen dank Methoden aus der Privatwirtschaft effektiver und effizienter machen will, sollen die Schulen besser gesteuert werden; eine Vorstellung, die gerade auch bei sozialdemokratischen Reformern wie Tony Blair auf grossen Anklang stiess. Alles in allem ist für Münch nicht weniger als eine «Verdrängung des traditionellen pädagogischen Establishments» durch eine «ökonomische Regierung der Schule» im Gange.

### ***Eine romantische Verklärung?***

So weit also die Sicht des Soziologen. Während viele Lehrerverbände und traditionelle Erziehungswissenschaftler seiner Analyse kräftig applaudieren, steht Münch bei etlichen Bildungsforschern als Romantiker im Verdacht. Der Schweizer Bildungsökonom Stefan Wolter zum Beispiel meint: «Hinter der Kritik an der angeblichen Ökonomisierung der Schule steckt die romantische Vorstellung einer dezentralen Selbststeuerung, wo jede Lehrperson und jede Schule tun und lassen kann, was sie will, ohne Aufsicht und Konsequenzen.» Dorthin wolle er, Wolter, aber keinesfalls zurück. Münch wiederum weist solche Kritik im Gespräch mit der NZZ weit von sich. Auch das frühere pädagogische Establishment sei «keineswegs der Himmel auf Erden. Es favorisiert eine Form von Bildung, Schule und Unterricht, die leicht dazu neigt, um sich selbst zu kreisen und aus dem Auge zu verlieren, was in der Welt da draussen passiert.»

Und was erkennt der Soziologe dort? Ein «weltumspannendes Netzwerk», das aus Think-Tanks, Stiftungen, internationalen Organisationen, der «Bildungs- und Testindustrie» sowie Policy-Unternehmen bestehe und «neoliberale Bildungsreformen» vorantreibe. «In diesen Netzwerken

werden Wissen und Informationen verbreitet, Unterstützung mobilisiert, Gelder verfügbar gemacht, Loyalitäten und wechselseitige Verpflichtungen geschaffen. Think-Tanks stellen Wissen, Informationen und Reformprogramme zur Verfügung, Stiftungen fördern mit ihrem Geld Reformprogramme, Advocacy-Groups mobilisieren die Öffentlichkeit und rekrutieren Unterstützer für die Durchführung dieser Programme.»

Münch nennt auch Ross und Reiter:

- Da ist etwa McKinsey Das Beratungsunternehmen rühmt sich auf seiner Website gleich selber, seit 2010 habe es 220 «Transformationsprojekte» in 10 nationalen und 20 regionalen Bildungssystemen durchgeführt – mit «impact» bei 400 000 Schulen, 3 Millionen Lehrern und 60 Millionen Schülern. McKinsey sieht in der Bildung einen «globalen Wachstumsmarkt von 8 Billionen Dollar» mit «vielen Investitionsmöglichkeiten für Private», von Management-Dienstleistungen bis zur Lieferung von Unterrichtsmaterial.
- Zweites Beispiel: die britische Pearson Education, der weltgrösste Bildungskonzern mit einem Umsatz von 5,7 Milliarden Franken und 30 000 Angestellten in 70 Ländern. Pearson bietet alles an, von der Schulbuchproduktion bis zur Konzeption des internationalen Pisa-Tests, der 2018 wieder in 80 Ländern durchgeführt wurde, inklusive der Schweiz.
- Beispiel Nummer drei: «Missionarische Milliardärsstiftungen» (Münch) wie jene von Bill und Melinda Gates, die in Bildungsfragen weltweit sehr aktiv ist und eine hohe Affinität zu privatwirtschaftlichen Anreizen in der Schule hat. Eine ähnliche Rolle spielt in Deutschland die Bertelsmann-Stiftung.
- Schliesslich der wichtigste Pfeiler im bildungsindustriellen Komplex die OECD, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in Paris mit ihren 36 (mehrheitlich westlichen) Mitgliedstaaten. Geprägt von einer sozialtechnokratischen Machermentalität aus der amerikanischen Kriegswirtschaft, begann die OECD bereits in den 1960er Jahren, Daten im grossen Stil zu sammeln. Mit dem internationalen Leistungstest Pisa hat sich die OECD dann als zentrale internationale Plattform in der Bildungspolitik etabliert – und damit den Aufbau einer grossen Test- und Beratungsindustrie ermöglicht.

### ***Drei Männer an der Spitze***

In Zürich präsentiert Münch ein Netzwerk, das rund 1800 Personen umfasst, und als «Dreigestirn der globalen Bildungsgovernance» hat er diese drei Männer ausgemacht: den Deutschen Andreas Schleicher, Bildungsdirektor bei der OECD und Erfinder der Pisa-Tests; dann Eric Hanushek, «den weltweit einflussreichsten Bildungsökonom» (Münch), der an der Universität Stanford lehrt; schliesslich den Briten Sir Michael Barber, der als Bildungsexperte im Kabinett von Tony Blair Karriere machte, dann zu McKinsey wechselte, um nationale Bildungsministerien zu beraten, ehe er bei Pearson Education anheuerte. Münch nennt das «einen schönen Drehtüreneffekt».

Man braucht tatsächlich nicht lange nach Belegen dafür zu suchen, wie sich dieses «Dreigestirn» die Bälle fast blind zuspield. So bewirbt zum Beispiel Andreas Schleicher sein neues Buch, «World Class», mit einem Zitat von Michael Barber («das wichtigste Buch des Jahrzehnts über Bildung»), und Eric Hanushek wird darin gleich achtmal als Experte zitiert. Aber dass dieses Trio nun gleich das Triumvirat eines globalen bildungsindustriellen Komplexes bilden soll? Nicht nur für Bildungsökonomien klingt das mitunter nach einer Verschwörungstheorie. Doch diesen Vorwurf weist Münch ebenso vehement zurück wie jenen der Bildungsromantik. «Diese Personen «verschwören» sich nicht, sondern sind so eng miteinander verbunden, dass sie eine gemeinsame Sicht auf die Bildungswelt teilen, und sie sitzen an so zentralen Schaltstellen der Macht im transnationalen Bildungsfeld, dass sie in erheblichem Masse die weltweite Verbreitung und Institutionalisierung des Testregimes vorantreiben können.»

Von Verschwörung würde Münch auch deshalb nicht reden, weil er niemandem im bildungsindustriellen Komplex schlechte Absichten unterstellt. Alle Akteure wollten die Schulen der Welt verbessern und die Bildungschancen gerade auch der armen Kinder. Aber auch dieser Komplex entwickelt wie jede grosse Organisation eine Eigendynamik – und Eigeninteressen. Es geht um viele Arbeitsplätze, um Forschungsaufträge, Prestige und Deutungsmacht, und genau dies will der Soziologe transparent machen. «Warum», fragt er sein Publikum in Zürich, «findet der Pisa-

Test alle drei Jahre statt, obwohl die Resultate immer die gleichen sind?» Die lakonische Antwort: «Weil dieser Rhythmus für durchgängige Beschäftigung in der Testindustrie sorgt.»

### **Die Rolle der Schweiz**

Nehmen wir ein naheliegendes Beispiel und machen eine Probe aufs Exempel: die Schweiz. Sie kommt in Münchs Buch gerade einmal in einer halben Zeile vor. Also Fehlalarm? Dieses Urteil wäre vorschnell, denn namentlich die OECD hat seit rund dreissig Jahren sehr wohl einen starken Einfluss auf die Schweizer Bildungspolitik, wie die Erziehungswissenschaftlerin Regula Bürgi in ihrer Forschung minutiös belegen konnte.

Der damals noch weitgehend unbekanntere Andreas Schleicher, ursprünglich Physiker und Statistiker, wurde bereits in den 1990er Jahren regelmässig in Bern gesichtet, auf Besuch beim Bundesamt für Statistik, das Feuer und Flamme für die Idee war, den seinerzeit noch weitgehend autonom laufenden Schweizer Bildungsbetrieb genauer in Zahlen zu fassen. Ein prächtiges Betätigungsfeld! Doch die OECD hatte ein besonderes Problem mit ihrem treuen Mitglied Schweiz. Es fehlte ein Ansprechpartner auf Regierungsebene, denn in diesem föderalistischen Unikum gibt es keinen nationalen Bildungsminister mit Durchgriffsrecht; die Volksschule ist bekanntlich Sache der Kantone. In diesem Vakuum schlug die Stunde der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK), die sich fortan als Scharnier zur OECD etablierte – und damit auch ihre Stellung im Inland gegenüber dem Bund massiv stärkte. Die OECD wiederum baute ihre Vormacht in der internationalen Bildungspolitik aus, indem sie – in Eigenregie, nicht etwa auf Anweisung ihrer Mitgliedstaaten – in den 1990er Jahren Pisa erfand und sich dadurch ihrerseits unentbehrlich machte.

Schon vor der Einführung von Pisa lieferte die OECD 1991 mit einer entsprechenden Studie den Anstoss zu einem zentralen Wechsel in der Schweizer Bildungspolitik, wie Jürgen Oelkers, emeritierter Erziehungswissenschaftler an der Universität Zürich, erklärt. Das war der Wechsel von den Lehrerseminaren zu den pädagogischen Hochschulen, also der Startpunkt für die Akademisierung der Primarlehrerbildung. Die Kritik wegen zu grosser Praxisferne war anfangs gross, mittlerweile hält Oelkers den Wechsel für «gelungen».

### **Der «Turboreformer»**

Niemand war in der Schweiz empfänglicher für die Ideen der OECD als Ernst Buschor, Professor für Betriebswirtschaftslehre an der HSG und selber ein glühender Verfechter von NPM. Als er in die Zürcher Regierung gewählt wurde und 1995 die Bildungsdirektion übernahm, hatte Buschor sein ideales Feld für Reformen gefunden. Er wollte fortan nicht mehr nur auf den Input achten wie die traditionelle Bildungsverwaltung, die oft aus gelernten Pädagogen bestand, sondern stärker auf den Output. Buschor verlangte mehr Effizienz und pochte auf harte Zahlen dazu, was die Schulen am Ende des Jahres wirklich liefern.

In der OECD war man begeistert über den neuen Kurs, die kantonalen Bildungsdirektoren staunten, doch die Lehrerschaft war entsetzt. Sie fühlte sich kontrolliert und gegängelt wie nie zuvor, als plötzlich ein Mann der Wirtschaft detaillierte Rechenschaft über die Wirksamkeit ihrer Arbeit einforderte. Dann kam im Jahr 2000 der Schock nach den ersten – eher mässigen – Pisa-Resultaten. Buschor nutzte die Verunsicherung und schob im Kanton Zürich nun erst recht eine Reform nach der andern an – gegen den erbitterten Widerstand der Berufsverbände. Die «Generation Buschor» wähnte sich fortan in einem Hamsterrad, das sich auch in Zukunft weiterdrehen wird, «weil das System immer neue Reformen generiert», wie Jürgen Oelkers sagt.

Zentrale Reformen im Geiste von New Public Management waren die Einführung von Schulleitungen, die Beurteilung einzelner Lehrpersonen oder die Evaluierung ganzer Schulen. All dies war in der Lehrerschaft anfangs höchst umstritten, zumal wenn eine Beurteilung lohnwirksam war. Denn so manches, was empirische Bildungsforscher als wichtige Instrumente zur Messung von Qualität sehen, kam bei den Lehrpersonen vor allem so an: noch mehr Berichte, Formulare ohne Ende, sinnlose Bürokratie.

Die Mehrheit der rund 100 000 Lehrerinnen und Lehrer in der Schweiz hat sich inzwischen mit den Dauerreformen arrangiert, aber es gibt rote Linien. Zum Beispiel jene, dass sich Schulen nicht wie Firmen führen lassen. «Schulleiter sind keine CEO», sagt Jürgen Oelkers. Und die Volksschule ist nicht einfach ein Markt. Der «Turboreformer» Buschor bekam seine Grenzen zu spüren, als das Zürcher Stimmvolk im Jahr 2003 seine im Volksschulgesetz gebündelten Reformen an der Urne versenkte. Auch die Skepsis gegenüber mehr schulischem Wettbewerb ist weiterhin gross. So wurden die diversen kantonalen Initiativen zur freien Schulwahl, die genau dies wollten, in den letzten Jahren überall klar verworfen. Der Markt für Privatschulen bleibt eng, umso fester ist die öffentliche Schule verankert, auch wenn sie teuer ist.

Derweil pflegt die Schweiz – unabhängig von der OECD, aber sehr erfolgreich – ihre ganz eigene Wirtschaftsnähe in der Bildungspolitik: mit einer ausgeklügelten dualen Berufsbildung, die grossen Wert auf die Bedürfnisse der Unternehmen legt und im Gegenzug von der hohen Integrationsfähigkeit des Arbeitsmarktes sowie der tiefen Arbeitslosigkeit profitiert. Doch von einer «ökonomischen Regierung der Schule» ist man in diesem Land ziemlich weit entfernt. Allein der tendenziell markt- und reformkritische Berufsstand sowie die direkte Demokratie verhindern, dass ein bildungsindustrieller Komplex ungehindert den Takt vorgeben und durchsetzen könnte.

### **Die USA als «Pionierland»**

Einen grossen Kontrast zur Schweiz bilden hingegen die USA, gemäss Richard Münch das «Pionierland» für den bildungsindustriellen Komplex. Die Ausrichtung auf Output und konsequentes Testen sind an amerikanischen Schulen seit bald fünfzig Jahren Standard. Der Soziologe hat nicht grundsätzlich etwas gegen Tests einzuwenden, hingegen stört ihn, wenn die «Bildungs- und Testindustrie» die Schule zu dominieren beginnt und diese am Ende gleichwohl nicht einzulösen vermag, was versprochen wird: bessere Leistungen und mehr Chancengerechtigkeit. Stattdessen kam es zu Auswüchsen wie 2011 in der Stadt Atlanta, wo ehrgeizige bildungspolitische Vorgaben zur Folge hatten, dass an 44 von 56 öffentlichen Schulen Testergebnisse systematisch gefälscht wurden, um die Ziele zu erreichen. Von den 170 beteiligten Lehrpersonen mussten drei für mehrere Jahre ins Gefängnis.

Eine amerikanische (wie auch britische) Spezialität sind die Charter Schools, also jene Schulen, die zwar privat geleitet, aber öffentlich finanziert werden – und dies umso üppiger, je mehr Eltern sich davon überzeugen lassen, ihr Kind an eine bestimmte Schule zu schicken. Dieses Modell setzt stärker auf Wettbewerb und individuelle Anreize, es ist das Vorzugsmodell von Eric Hanushek, dem Bildungsökonom in Münchs «Dreigestirn», sowie der Bill-Gates-Stiftung, die bereits mehr als 100 Millionen Dollar in Charter Schools investiert hat. Eine gewichtige neue Befürworterin von Charter Schools ist auch Betsy DeVos, Donald Trumps Bildungsministerin.

Als Modell klingt es durchaus einleuchtend, seine Bilanz in der Praxis ist jedoch umstritten und wird von einem Studienkrieg begleitet, der auch nicht wirklich Klarheit verschafft. Münch verweist auf ein «Feldexperiment neoliberaler Schulreformen», nämlich die Stadt New Orleans, wo die vom Wirbelsturm «Katrina» zerstörten Schulen flächendeckend wieder aufgebaut wurden, jedoch als Charter Schools. Die alten öffentlichen Schulen, deren Leistungen unter den geforderten Testergebnissen lagen, wurden geschlossen, 7000 Lehrpersonen wurden entlassen und durch neue ersetzt.

Die Promotoren ziehen ein positives Fazit dieser Radikalreform, die Bilanz von Münch und der von ihm zitierten Studien ist gemischt. Rund ein Viertel der Charter Schools schneidet besser, ein weiteres Viertel aber schlechter ab als die öffentlichen Schulen; ungefähr die Hälfte ist jedoch gleich.

Kaum zu bestreiten ist hingegen, dass das amerikanische Schulsystem insgesamt nicht besser geworden ist in den letzten fünfzig Jahren. Die Pisa-Resultate – wenn man sie denn als Messlatte nehmen will – belegen das anhaltende Mittelmaß. Insbesondere haben es die USA nicht geschafft, die Bildungskluft zwischen Arm und Reich, zwischen Schwarz und Weiss, zwischen

Akademikern und Arbeitern zu verkleinern. Auch nach dem Neustart seiner Schulen bleibt New Orleans bei den schulischen Leistungen am Schluss, weit entfernt von Städten wie Boston; ebenso gross sind die Differenzen zwischen Gliedstaaten wie Louisiana und Massachusetts. Gegen 70 Prozent dieser Unterschiede lassen sich gemäss Münch mit den sozioökonomischen Unterschieden bei der Bevölkerung erklären. Bildungspolitik, folgert er daraus, könne eine ausgleichende Sozialpolitik nicht ersetzen.

Während man noch über die Effekte der letzten Reformgeneration rätselt, ist bereits die nächste Megareform angerollt: die Digitalisierung der Bildung. Auch hier sieht Münch den bildungsindustriellen Komplex am Werk, vielleicht sogar aktiver als je zuvor, denn gerade in diesem Bereich sind die handfesten Interessen offensichtlich. Die OECD-Länder werden in den nächsten Jahren Dutzende oder Hunderte Milliarden Franken in die Digitalisierung der Schulen stecken. Entsprechend heftig lobbyieren die Technologiekonzerne. Sie versprechen mehr Wirkung beim einzelnen Kind dank personalisierten Lernprogrammen und «werben ganz offen mit riesigen Einsparmöglichkeiten für die Schulen, weil eine Lehrerin im digitalisierten Unterricht nicht mehr 20, sondern 250 Schüler betreuen könne», wie Richard Münch in Zürich sagt. In seinem Buch schreibt er: «Der digitale Monopolkapitalismus von Apple, Google, Facebook und Co. hat beste Chancen, die Verdrängung der Lehrerschaft durch digitale Lernmaschinen global und flächendeckend durchzusetzen.»

### **Überzogener Alarmismus**

Wenn er hier bereits den Untergang eines ganzen Berufsstandes an die Wand malt, dann ist das Alarmismus der schrillsten Sorte, den man bei weitem nicht zu teilen vermag. Doch Richard Münchs Schlusswort an der Universität Zürich kann man durchaus folgen: «Betrachten Sie die Schule weiterhin als eine öffentliche Aufgabe mit demokratischer Gesetzgebung, bürokratischer Kontrolle und professioneller Treuhänderschaft. Und seien Sie vorsichtig mit Schlüssen aus nationalen und internationalen Leistungsvergleichen.»

Richard Münch: Der bildungsindustrielle Komplex. Schule und Unterricht im Wettbewerbsstaat. Beltz-Juventa-Verlag, 2018.

Online-Titel: **Einst hatten die Lehrerinnen und Lehrer das Sagen. Wer heute die Schule regiert.**

<https://www.nzz.ch/gesellschaft/der-bildungsindustrielle-komplex-ld.1415109>

### **Rezension:**

#### ***R. Bürgi: Die OECD und die Bildungsplanung der freien Welt***

Denkstile und Netzwerke einer internationalen Bildungsexpertise

<https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-27740>

Zuschrift, 4.9.2018

## Wer die Schule regiert

Dr. Barbara Müller Gächter,

Im *Wochenende* der NZZ vom 31.8.2018 thematisiert **Martin Beglinger** „den bildungsindustriellen Komplex“.

Ab Spalte 4 Seite 52 schildert er die Rolle der Schweiz. Er hält fest, dass „vor allem die OECD seit rund 30 Jahren sehr wohl einen starken Einfluss auf die Schweizer Bildungspolitik“ hatte und erwähnt die Forschungsarbeit von **Regula Bürgi**.

Der Physiker und Statistiker **Andreas Schleicher** habe sich in den 1990er Jahren regelmässig in Bern persönlich beim Bundesamt für Statistik informiert, um genauere Zahlen, den Schweizer Bildungsbetrieb betreffend, zu erhalten. Jedoch fehlte ein Ansprechpartner auf Regierungsebene. „Dieses Vakuum füllte die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK), die sich fortan als Scharnier zur OECD etablierte und damit auch ihre Stellung im Inland gegenüber dem Bund massiv stärkte“.

Unabhängig von ihren Mitgliedstaaten erfanden die OECD-Verantwortlichen in Eigenregie in den 1990er Jahren die PISA-Tests und machten sich dadurch unentbehrlich.

Der Erziehungswissenschaftler **Jürgen Oelkers**, emeritierter Professor in Zürich, gab den Anstoss zu einem zentralen Wechsel in der Schweizer Bildungspolitik, nämlich den Wechsel von den Lehrerseminaren zu den pädagogischen Hochschulen.

Vorangetrieben wurden die Reformen vom damaligen Zürcher Erziehungsrat **Ernst Buschor**, zu dieser Zeit Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Hochschule St. Gallen „und glühender Verfechter des New Public Management (NPM). Buschor verlangte mehr Effizienz und pochte auf harte Zahlen“.

Wird nun Bildungsökonom **Stefan Wolter**, der den „Bildungsbericht Schweiz 2018“, „ein Wälzer mit vielen Grafiken und Statistiken“ gefragt, welche Reformen in der Volksschule in den letzten 20 Jahren funktioniert hätten, heisst es: „Wir wissen es nicht“.

Bemerkungen:

Was in all diesen schriftlichen Bemühungen auffällt, ist, dass ausschliesslich „Schule“ diskutiert wird. So verwendet hat dieses Wort keinen Inhalt und wird zum Phantom. Geht man historisch zurück in die Jahre 1799 und folgende, so war das Anliegen Philipp Stapfers, dass alle Kinder Lesen, Schreiben und Rechnen lernen sollten. Es geht also um Unterricht im Gegensatz zu Erziehung. Bei einigen Kindern geht dieses Lernen „wie von selbst“, wie man in den Lehrerkommentaren zu den Erstleselehrwerken des 20. Jhs nachlesen kann. Bei anderen Kindern braucht es das Wissen, wie Buchstaben als optische Zeichen sich zu den gesprochenen Lauten verhalten. Obendrein ist zusätzlich das Wissen und die Erfahrung, wie Kleinkinder sprechen lernen, unumgänglich. Dieses Wissen ist bis heute in der Pädagogik nur marginal zu finden und sämtliche Lehrmittel, inklusive die digitalen, weisen trotz aller Bemühungen diesbezüglich immer wieder mehr oder weniger gravierende Fehler auf.

Tagblatt, 4.9.2018

## Privatisierung – als Reform getarnt

**Mario Andreotti** – Dozent für Neuere deutsche Literatur und Buchautor

Die Schaffung der öffentlichen Volksschule in der Schweiz ist eine Leistung des 19. Jahrhunderts. Während die Schule bisher eine Angelegenheit der Kirchen war, wird sie nun zur Sache des Staates, zur Staatsschule. Obwohl die Schulhoheit mit wenigen Ausnahmen bei den Kantonen verbleibt, bilden sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts vor allem auf der Volksschulstufe einige Gemeinsamkeiten heraus. Die wichtigste unter ihnen ist der seit der Totalrevision der Bundesverfassung 1874 für alle Kinder freie Grundschulunterricht. Der Staat bestimmt nun die Schulzeit und die Lehrpläne; er gründet neue Schultypen, baut Schulhäuser und ruft Lehrerbildungsanstalten ins Leben.

Dieses öffentliche Schulwesen ist heute von zwei Seiten her bedroht. Zum einen drängen immer mehr private Anbieter in unser Bildungssystem, die vorgeben, mit ihrem individualistischen Lehr- und Erziehungsstil die Bildungsziele besser zu erreichen, vor allem den einzelnen Schüler gezielter zu fördern als die öffentliche Schule, denen es aber nicht zuletzt um ihren Profit geht. Darunter finden sich private Einrichtungen, die als «freie demokratische Schulen» ohne Noten auskommen wollen, über Schulen, die nach dem Lustprinzip unterrichten, wo die Kinder selber entscheiden, ob und wann sie lernen, bis zu Schulen, die bestimmten ideellen Vereinigungen nahe stehen und in denen die Heranwachsenden mehr oder weniger gezielt indoktriniert werden. «Aus dem staatlich geschützten öffentlichen Gut Bildung» wird so zunehmend eine Ware gemacht, «die sich auf dem lukrativen privaten Markt profitabel verkaufen lässt», wie Renate Caesar in ihrem Bericht «Die heimliche Privatisierung des öffentlichen Bildungswesens» zu Recht schreibt.

Das ist die eine, gleichsam die sichtbare Seite der schleichenden Privatisierung unseres Schulwesens. Es gibt daneben aber noch eine zweite Form der Privatisierung, die weniger einsehbar und daher besonders heimtückisch ist. Sie tarnt sich als Reform, so dass Eltern und selbst Lehrkräfte sich im Glauben wiegen, es handle sich um notwendige Erneuerungen, um einen pädagogischen Fortschritt im Dienste einer verbesserten Bildung. Dabei geht es den Bildungsexperten, die mit vermeintlich wissenschaftlichen Studien ihre akademische Existenz legitimieren müssen, nicht um einzelne Reformen in Teilbereichen des Unterrichts, sondern im Grunde um etwas ganz anderes: nämlich darum, die Schulen insgeheim so umzubauen, dass sie sich wie Unternehmen führen lassen, scheinbar aber unter staatlicher Aufsicht bleiben. Das erklärt weitgehend, warum heute der Staat Riesensummen in die Digitalisierung der Schulen investiert, den Internetkonzernen Geld vor die Füße wirft, so dass die Computer zunehmend die Rolle der Lehrer übernehmen, die Lehrer selber zu Lerncoaches herabgestuft werden und die Unterrichtszimmer zu Grossraumbüros verkommen.

Das Ziel dieser verdeckten Privatisierung und Kommerzialisierung der Bildung besteht nicht darin, Kinder zu ganzheitlichen Persönlichkeiten, zu mündigen Bürgern in einer demokratischen Gesellschaft zu erziehen, sondern sie vielmehr zu ökonomiekompatiblen Menschen zu formen. Dazu dient die Einführung von Marktmechanismen wie «testing» und «ranking», das heisst die Veröffentlichung von Testergebnissen, um Schulen anhand von Ranglisten miteinander zu vergleichen. Der Druck der Konkurrenz führt dabei zu einem veränderten Lehren und Lernen, zu einem «Teaching-to-the-test», einem Unterrichten auf den Test hin. «Dadurch werden die Lernerfahrungen der Schüler eingeeignet, und der Lehrer wird gezwungen, vorfabriziertes Material mit kontrollierter Geschwindigkeit zu benutzen.» So Renate Caesar im bereits genannten Bericht. Und was ebenso fatal ist: Komplexere Inhalte, die sich nur schwer testen lassen, werden gar nicht mehr gelehrt. Schulische Bildung reduziert sich so auf testbares Wissen, auf ein paar Kernkompetenzen. Echte Bildung, die sich nicht nur an ökonomischen Interessen orientiert, sondern die geistigen Fundamente unserer Kultur vermittelt, sieht anders aus.

<https://www.tagblatt.ch/meinung/privatisierung-als-reform-getarnt-ld.1050168>

NZZ, 8.9.2018

## **Digitalisierung der Schulen: Vor falschen Hoffnungen sei gewarnt Überall preist die IT-Industrie jetzt ihre neue Hard- und Software als grandiose Lösung für die Schule der Zukunft an. Als würde die Zahl der Computer in den Klassen über gerechte Chancen in der Bildung entscheiden.**

Erinnert sich noch jemand an die Zeiten, als die pädagogische Internationale fast in corpore nach Finnland pilgerte, ins Schulwunderland mit den besten Pisa-Resultaten? Vorbei. Interessiert keinen mehr. Estland ist jetzt das neue Finnland, weil Estland den andern Ländern offenbar weit voraus ist mit der Digitalisierung seiner Schulen. Man hat zwar keine Ahnung, was die hektischen Reformen der letzten zwanzig Jahre tatsächlich bewirkt haben, wie der oberste Schweizer [Bildungsforscher Stefan Wolter kürzlich in diesen Spalten reichlich ernüchert erklärt hat](#). Doch der nächste grosse Reformhype in der Schule ist gleichwohl bereits in vollem Gang.

Der zuständige Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann gab 2017 das entsprechende Motto für die Bildungspolitik vor. «Wir sollten uns später nicht den Vorwurf machen müssen, wir hätten irgendetwas verschlafen.» Und bei der Vorstellung des jüngsten nationalen Bildungsberichtes bekräftigte er vor kurzem: «Digitalisierung hat oberste Priorität.» Also wird man lieber mehr als weniger investieren, es dürften Hunderte von Millionen in den nächsten Jahren sein.

So manchem Dreijährigen, der mit einem Tablet ruhiggestellt wird, wünschte man lieber Eltern, die mit ihrem Kind reden.

Einen ersten Eindruck von diesem grossen neuen Run liefert der Kanton Zürich, wo sich die Gemeinden derzeit ein Wettrennen über die Zahl der Tablets in den Klassen liefern. Ist nicht eines pro Kind das Beste? Aber sicher, wird jeder ICT-Verantwortliche sagen. Oder reicht ein Gerät für zwei, drei oder gar vier Kinder vollauf? Wer diese Meinung vertritt, gerät rasch unter Rechtfertigungsdruck.

Natürlich sei jedem Kind ein eigenes Schul-Tablet gegönnt, und selbstverständlich sind Investitionen in die Digitalisierung sinnvoll. Nur sei ebenso vor falschen Vorstellungen gewarnt, die mit der digitalen Aufrüstung im Klassenzimmer verbunden sind. Man kann sich die Kritik an Elternabenden gut ausmalen, wonach die Bildungschancen ungerecht verteilt sind, weil das eigene Kind ein Tablet teilen muss und jenes in der Nachbargemeinde nicht. Als würde die Zahl der Computer in den Klassen über gerechte Chancen in der Bildung entscheiden.

Schön wär's, es ginge so leicht, aber das glauben höchstens die Geräteverkäufer. So manchem Dreijährigen, der mit einem Tablet ruhiggestellt wird, wünschte man lieber Eltern, die mit ihrem Kind reden; die Antwort geben, wenn es etwas wissen will, und nochmals antworten, wenn es nachfragt.

Viel wichtiger als die Tablet-Versorgungsquote ist und bleibt, wie Eltern mit ihren Kindern umgehen und wer vor einer Klasse steht.

Überall preist die IT-Industrie jetzt ihre neue Hard- und Software als grandiose Lösung für die Schule der Zukunft an. Von massgeschneidertem und individualisiertem Unterricht für jedes einzelne Kind ist gerne die Rede. Algorithmen sollen es nun richten. Keine Frage, man ist heute wesentlich weiter als mit den Sprachlabors, die vor vierzig Jahren mit viel Pomp eingeführt wurden und als einer der grössten und teuersten Flops in der Schulreformgeschichte endeten. Doch das Gemeinsame dahinter ist eine übersteigerte Hoffnung in die Technik.

Man muss gewiss nicht so weit gehen wie der Soziologe Richard Münch, der in seinem [neuen Buch über den «Bildungsindustriellen Komplex»](#) bereits den Untergang des gesamten Lehrberufes an die Wand malt – verdrängt durch einen von den IT-Giganten forcierten digitalen Unterricht. Aber gerade jetzt, am Anfang dieses Digitalisierungsschubes, lohnt es sich, eine der wenigen unbestrittenen Erkenntnisse der Bildungsforschung in Erinnerung zu rufen: Viel wichtiger als die Tablet-Versorgungsquote ist und bleibt, wie Eltern mit ihren Kindern umgehen und wer vor einer Klasse steht.

<https://www.nzz.ch/meinung/digitalisierung-der-schulen-vor-falschen-hoffnungen-sei-gewarnt-ld.1418412>

**Mehr dazu:**

[Braucht jedes Schulkind ein eigenes Tablet? Lena Schenkel 8.9.2018](#)

Eingesandt, 8.9.2018

## Der Lehrplan 21 unterstützt den massiven Bildungsabbau

Von Thomas Baer

Was die rund 60 Lehrer, Schulleiter und betroffenen Eltern am Dienstagabend in Meilen zu hören bekamen, lässt aufhorchen. In ihrem Referat zur aktuellen Schulreform und über den Lehrplan 21 deckte Dr. Judith Barben die Machenschaften hinter dem neuen «Leitfaden» an den öffentlichen Schulen gnadenlos auf.

Nur einer von zehn Stimmberechtigten, der ein Ja zum Lehrplan 21 in die Urne gelegt hätte, habe dieses dicke «Kompetenz-Regelwerk» überhaupt gelesen, geschweige denn verstanden! Dr. Judith Barben zitierte die schwammige Formulierung des Kompetenzbegriffs und entschuldigte sich vorweg dafür, wenn niemand verstehe, was damit eigentlich gemeint sei. Der neue Lehrplan 21 lese sich von der ersten bis zur letzten Seite in diesem abgehobenen «Bildungstechnokraten-deutsch», was auch diverse anwesende Lehrer nickend bestätigen konnten. Barben skizzierte, wie unsere einst gute – von Pestalozzi geprägte Schule – durch die heutigen Erziehungsdirektoren, mitunter gelenkt durch die OECD und Finanzinteressen grosser globaler IT-Konzerne, mehr und mehr am Volk vorbei umgebaut werde, wie ein massiver Bildungsabbau stattdessen, indem man die Kinder vermehrt selbstgesteuert an Arbeitsblättern, am PC oder Tablet arbeiten lasse oder den Lehrern verbiete, den Schülern etwas zu erklären! Es könne und dürfe nicht sein, dass gute Pädagoginnen und Pädagogen um ihre Stelle bangen müssten, nur weil sie die aktuelle Bildungsreform nicht mit ihren eigenen Werthaltungen und Vorstellungen einer guten Schule dank langjähriger Erfahrung mittragen könnten. Weiter zeigte Barben auf, wie grosse Konzerne alle paar Jahre Millionen-Geschäfte machen könnten, sei es ein SOL-Institut, wie jenes in Ulm, das seine Vorstellung des «selbstorganisierten Lernens» als Marke verkauft oder die IT-Branche, die mit immer neuen Lernprogrammen die Schulen zu Lasten der Steuerzahler ködert. Keine Studie zeigte bis anhin, dass unsere Kinder dank des vermehrten Einsatzes des Computers bessere Leistungen erbrachten. Das Gegenteil sei der Fall, so Barben.

### Eltern und Lehrer müssen zusammenstehen

In der anschliessenden Diskussion meldeten sich Dutzende Zuhörerinnen und Zuhörer zu Wort, direkt betroffene Eltern, die schilderten, wie schnell die Freude ihrer Kinder am Tablet verflogen sei, weil ihre Sprösslinge kaum mehr angeleitet würden, da sich gewisse Lehrer, vornehmlich jüngere, bewusst mit Erklärungen zurückhielten und die Kinder ihrem Schicksal überliessen. Ein Vater beklagte sich, man stosse bei der kleinsten Kritik an der Schule bei den Behörden auf Ablehnung oder taube Ohren, man werde überhaupt nicht ernst genommen. Diesem Votum pflichtete eine Gymnasiallehrerin, die sich aber als Mutter zu Wort meldete, bei: Ihre Tochter hätte «Lesen durch Schreiben» lernen sollen; dies habe überhaupt nicht funktioniert. Auf die Frage, wie ein Kind schreiben lernen, wenn es nicht lesen könne, war die lapidare Antwort der Lehrerin, dies sei ja das Besondere und das Tolle dieser Methode!

Weitere Stimmen wurden laut. Die meisten drehten sich um unklare Aufträge, überforderte Kinder, Eltern, die zu Hause als Hausaufgabenhilfe fungieren müssten. Immer deutlicher wurde klar: Der Lehrplan 21, so wie er heute da steht, muss bekämpft werden. Es muss breit aufgeklärt werden, was dieses «Kompetenzmonster» mit unserer Bildung wirklich macht. Nur wenn Eltern und Lehrer zusammenstehen, nur wenn man versteht, welche Machenschaften in der Bildungspolitik ablaufen, wird es gelingen, die Schule wieder in die Hände der Bürger zurückzugewinnen. Das Referat von Dr. Judith Barben hat aufgezeigt, in welche Richtung ein breiter Widerstand gehen könnte. Zuerst aber muss eine breite Aufklärung stattfinden. Es reicht nicht, wenn man den Lehrplan 21, ohne ihn studiert zu haben, mit neun zu eins einfach durchwinkt.

Toggenburger Tagblatt, 7.9.2018

## Wertvolle Sprachheilschulen

Mindestens 15 Schulkindern mit einschneidenden Sprachbehinderungen verunmöglicht die kantonale Bildungsdirektion die von den Abklärungsstellen, Eltern und Schulgemeinden empfohlene Aufnahme in eine Sprachheilschule. Das «Tagblatt» hat darüber umfassend recherchiert und berichtet (14.7. und 9.8.). Dem ist nur noch wenig beizufügen. Bald Jahr für Jahr werden den zuweisenden Fachstellen und dem ausgewiesenen Kompetenzzentrum Sprachheilschule von der Erziehungsdirektion planerische Knüppel in den Weg gelegt.

«Nicht aus Spargründen», beteuert Erziehungsdirektor Kölliker, sondern wegen statistischer Erwägungen. Die Statistik geht so der in der Region bestmöglichen Förderung höchst bedürftiger Sprachbehinderter vor, ohne dass dies einen finanziellen Hintergrund haben sollte? Was sollen denn diese Einmischungen in die gemeinsamen Lösungsfindungen – notabene nachdem die SHS St.Gallen erst vor zwei Jahren einen mühsam erkämpften und bewilligten Neubau in Betrieb nehmen durfte? Mit den St.Galler Sprachheilschulen und als Standortkanton einer gewichtigen schweizerischen Ausbildungsstätte für Logopäden/-innen (!) hat unser Kanton beste Voraussetzungen für eine qualifizierte und damit per Saldo effiziente Lern- und Entwicklungsförderung schwerer Fälle. In 20 Jahren Tätigkeit als Klassenlehrer an einer Sprachheilschule habe ich den Segen der dort täglich möglichen interdisziplinären Teamarbeit erlebt: (Re-)Integrationen in Volksschule oder Berufsausbildung, im Selbstwert gestärkte, zuversichtliche Kinder und Eltern, denen schwerste Lasten abgenommen werden. Integrative schulische Förderung in den Gemeinden hat Möglichkeiten und Grenzen. Die Entscheidung von professionellen Schulleitungen, verantwortungsvollen Behörden (Gemeindeautonomie!) und ausgewiesenen Fachkräften, dass Sonderschulung im Einzelfall nötig sei, muss doch respektiert werden!

Hans Silberschmidt, St.Gallen, Berufsschullehrer und Heilpädagoge

Tagblatt, 14.7.2018

### **Krach um Sonderschüler: 20 Kinder dürfen nicht an die Sprachheilschule**

60 Kinder aus den Regionen Wil und Rorschach wurden an die Sprachheilschule St.Gallen angemeldet. 20 davon kommen auf eine Warteliste. Rorschachs Schulratspräsident ist empört über das Vorgehen des Bildungsdepartements.

<https://www.tagblatt.ch/ostschweiz/20-kinder-duerfen-nicht-an-die-sprachheilschule-ld.1037714>

Tagblatt, 9.8.2018

### **Streit um St.Galler Sprachheilschüler: Alarmglocken müssten läuten**

Niemand schickt gerne Kinder an die Sprachheilschule. Aber irgendwann ist die integrative Kapazität einer Regelklasse erschöpft. Dann müssen vom Kanton genügend Sprachheilschulplätze angeboten werden. Die aktuelle Quotenpolitik greift zu kurz.

<https://www.tagblatt.ch/ostschweiz/streit-um-stgaller-sprachheilschueler-alarmglocken-muessten-laeuten-ld.1043623>

Schule Schweiz, 6. September 2018

## [Alarmierende Details zu den Zuständen an Basels Schulen](#)

Ein aktueller Bericht der grossrätlichen Petitionskommission zeichnet ein ungutes Bild der Situation an den Schulen in Basel-Stadt. Für diesen hat die Kommission nebst Vertretern des Erziehungsdepartements (ED) auch den Präsidenten der Freiwilligen Schulsynode (FSS), Jean-Michel Héritier, sowie dessen Stellvertreterin, Marianne Schwegler, befragt. Was die beiden Lehrpersonen berichten, ist alarmierend. Behinderte Kinder, etwa mit einer Trisomie 21, seien vergleichsweise wenig aufwendig zu betreuen. Am anstrengendsten seien Schüler mit Verhaltensauffälligkeiten. «Es ist ein gesellschaftlicher Trend, dass zunehmend Kinder eingeschult werden, die nicht schulbereit sind», sagt Héritier zur BaZ. Er meint damit, dass grundsätzliche Fähigkeiten des Zusammenlebens fehlen – etwa Teamfähigkeit oder die Bereitschaft, Anweisungen zu befolgen. «Kinder blockieren, machen nichts und stören den Unterricht massiv.»

**Die "Normalen" gehen unter, Basler Zeitung, 6.9. von Nina Jeker**

[Weiterlesen »](#)

## [Trotz Kritik wird an den vierkantonalen Leistungstests festgehalten](#)

Die Regierungen von Basel-Stadt, Baselland, Aargau und Solothurn verteidigen die Leistungschecks in den Nordwestschweizer Schulen durch dick und dünn. Lehrerinnen und Lehrer, Politikerinnen und Politiker mögen noch so heftig Kritik üben: Die Bildungsdirektoren wollen an den Checks in der dritten, sechsten, achten und neunten Klasse festhalten.

Ein einziger Abstrich wurde bisher vorgenommen: Der Basler Erziehungsdirektor Conradin Cramer willigte ein, auf den Check S3 vor Schulaustritt künftig zu verzichten. Vom Tisch sind die Versuche, einzelne oder mehrere Checks abzuschaffen, noch nicht: In Basel-Stadt, Baselland und Solothurn müssen die Regierungen die Anliegen prüfen. Im Aargau scheiterte ein Vorstoss knapp, nachdem die Motionäre nicht bereit waren, den Vorstoss unverbindlich als Postulat zu überweisen.

**Alle vier Bildungsdirektoren verteidigen einheitliche Checks, Basler Zeitung, 6.9. von Thomas Dähler**

[Weiterlesen »](#)

## [Materialien zum Klimawandel](#)

Herausgegeben hat die pädagogischen Unterlagen das internationale Institut für Kinderrechte (IDE) zum Anlass des internationalen Tages für Kinderrechte, der am 20. November begangen wird. Sie sollen Klassen dazu anregen, sich über die in der UNO-Kinderrechtskonvention festgeschriebenen Rechte zu unterhalten. Dieses Jahr steht dabei der Klimawandel im Zentrum, wie das IDE am Dienstag mitteilte.

**Kinder sollen bezüglich Klimawandel ihre Rechte kennen, St. Galler Tagblatt, 4.9.**

[Weiterlesen »](#)

## [Sprachenfrage bewegt Graubünden](#)

Soll in der Primarschule nur noch eine Fremdsprache obligatorisch sein? Ein Streitgespräch pro und contra.

**[Die Sprachenfrage bewegt Graubünden](#), SRF Regional, 4.9. von Silvio Liechi**

BT, 26.08. 2018

**Gastkommentar zur Doppelinitiative**

## **Die Doppelinitiative zur Mitsprache im Bildungswesen: eine einmalige Chance**

In der heute beginnenden Session berät der Grosse Rat die Doppelinitiative und erhält damit die einmalige Chance, den öffentlichen Charakter unseres Bildungswesens längerfristig zu sichern. Denn seit vielen Jahren passt sich auch das Schweizer Bildungswesen den von internationalen Gremien geforderten, vor allem am ökonomischen Nutzen orientierten Vorgaben an. Immer deutlicher halten - wie im Gesundheitswesen - Professionalisierung, Kontroll- und Steuerungsvorgänge Einzug an unseren Schulen. Der Lehrplan 21 als schweizerische Variante dieser unseligen Entwicklung ist tatsächlich ein historischer Umbau, der nun begleitet von allerlei beschönigenden Floskeln stattfindet.

Die Verfassungsinitiative fordert daher die dringend notwendig gewordene Mitsprache des Grossen Rates und der Bevölkerung: So tiefgreifende Veränderungen an der Öffentlichkeit vorbei und unhinterfragt sollen in Zukunft nicht mehr möglich sein! Es ist schwer nachvollziehbar, warum man gerade in der Bildungsfrage auf Mitsprache verzichten soll. Wir appellieren deshalb an unsere Volksvertreterinnen und -vertreter, die Verantwortung für die Entwicklung des Bildungswesens wieder zu übernehmen. So kann die Souveränität des Kantons gestärkt und Fehlentwicklungen können korrigiert werden.

Korrekturen sind auch beim Lehrplan 21 zwingend. Wegen der Kompetenzorientierung sind keine verbindlichen Inhalte mehr vorgegeben, sondern 2304 detailliert formulierte Kompetenzstufen, was der Beliebigkeit Tür und Tor öffnet. Damit geht jegliche Planungssicherheit verloren und die Schulhausteams sind gezwungen, sich in zeitaufwändigen Sitzungen auf einen gemeinsamen Nenner zu einigen. Mit unserer Gesetzesinitiative fordern wir deshalb verbindliche Jahresziele und Inhalte in den einzelnen Fächern. Die ständigen Reformen brachten und bringen viel Unruhe in die Schulen. Nur wenn Klarheit herrscht, was in den Schulen wann gelernt wird, wird Ruhe einkehren und die Lehrpersonen können sich - statt dauernd mit den Strukturen beschäftigt zu sein - wieder vermehrt ihrem Kerngeschäft widmen.

Elisabeth Calcagnini, Erstunterzeichnerin der Doppelinitiative

[https://guteschule-gr.ch/wordpress/?page\\_id=79](https://guteschule-gr.ch/wordpress/?page_id=79)